



Vorarlberg
unser Land



Pressekonferenz

Montag, 10. Februar 2020

Helga Kromp-Kolb (Klimawissenschaftlerin und Hauptautorin des Referenz-Klimaschutzplans für Österreich)

Landesrat Johannes Rauch (Klimaschutzreferent der Vorarlberger Landesregierung)

Titelbild: ©Land Vorarlberg | Jenny Sturm und kwasny221 | stock.adobe.com

Klimaneutralität 2040 – eine Verpflichtung, keine Option!

Die Herausforderungen für Vorarlberg

Klimaneutralität 2040

LR Rauch und Em. Univ. Prof. Kromp-Kolb zeigen Herausforderungen für Vorarlberg

Laut Regierungsprogramm der türkis-grünen Bundesregierung soll Österreich bis zum Jahr 2040 klimaneutral werden. Klimaneutralität 2040 bedeutet, dass wir in allen Bereichen die Anstrengungen erheblich verstärken müssen, sagt Prof. Helga Kromp-Kolb, Mit-Initiatorin und Autorin des Referenzplans der Wissenschaft für den Nationalen Energie- und Klimaplan 2030. Landesrat Johannes Rauch sieht im Regierungsübereinkommen auf Bundesebene und auch im Arbeitsübereinkommen für Vorarlberg eine gute Basis, um im Bereich Klimaschutz und Energieautonomie wirksame Maßnahmen zu beschließen. „Wir müssen nun, ausgehend von der Basis, die wir geschaffen haben, die nächsten Schritte setzen“, sagt Rauch. Dazu gehören: Der Einstieg in die ökologische Steuerreform auf Bundesebene, der Klimacheck auf Landes- und auf Bundesebene und rasche Anreize für den Ausstieg aus Öl.

Neben ihrer Rolle als eine der Autorinnen des Referenz-Klimaschutzplans für Österreich ist Helga Kromp-Kolb Herausgeberin des Österreichischen Sachstandsberichts Klimawandel und eine der führenden KlimawissenschaftlerInnen des Landes. Sie analysiert die gegenwärtige Wetter- und Klimasituation:

Einer der drei wärmsten Jänner der hochalpinen Messgeschichte: Auf den Bergen lag der Jänner 2020 laut ZAMG um 3,6 °C über dem vieljährigen Mittel und ist hier einer der drei wärmsten Jänner der Messgeschichte, hinter dem Jänner 1989 und ziemlich genau im Bereich von 1898. Höhere Temperaturen sind im Zuge der globalen Erwärmung grundsätzlich zu erwarten. Im vergangenen Jänner waren diese vor allem auf stabile Hochdrucklagen zurückzuführen – mit Kaltluftseen in den Niederungen, die auf die mittlere Temperatur sogar dämpfend wirkten. Wir beobachten in Zusammenhang mit dem klimawandelbedingten Rückgang der Eisbedeckung in der Arktis aber auch, dass Wetterlagen länger anhalten. Auch das begünstigt extremere Situationen.

Deutlich zu trocken: Im Großteil Österreichs war der Jänner 2020 deutlich zu trocken. Niederschlagsabweichung in Vorarlberg laut ZAMG um 42 Prozent unter dem langjährigen Mittelwert. Wegen der Hochdrucklagen 2020 geht mit den erhöhten Temperaturen auch Trockenheit Hand-in-Hand. Es genügt aber nicht, sich einzelne Monate anzusehen, um den Klimawandel festzumachen. Einzelne Ausreißer gab es auch früher, wie die Temperatur 1898 zeigt. Der Temperaturanstieg ist seit den 1970er Jahren in Westösterreich sehr deutlich ausgeprägt, und liegt bereits über 2°C, gegenüber vorindustriellen Niveau bei rund 2,5°C. Das Beunruhigende ist, dass erwartet werden muss, dass die Erwärmung immer rascher erfolgen wird.

„Die Klimakrise ist auch in Österreich in Form zunehmender Wetterextreme und Klimarekorde spürbar. Die Notwendigkeit zu handeln wurde von der Politik, der Wirtschaft und der

Bevölkerung erkannt. Was aus Sicht der Wissenschaft vielen noch nicht bewusst ist, ist die Eile, die bei der Bekämpfung des Klimawandels geboten ist. Die Entscheidung, ob das Klima stabilisiert wird oder nicht, fällt jetzt“, analysiert Kromp-Kolb.

Referenz NEKP – Klimaneutralität bis 2040 – Wissenschaft

Im Zuge der Erstellung des Nationalen Klima- und Energieplans haben Österreichs führende KlimawissenschaftlerInnen einen Referenzplan entwickelt, der Maßnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele aufzeigt. Das im Regierungsprogramm vorgesehene Ziel, Österreich bis 2040 klimaneutral zu machen, ist aus Sicht der KlimawissenschaftlerInnen ambitioniert und mit den Pariser Klimazielen kompatibel.

Das Maßnahmenbündel, das aus Sicht der Wissenschaft für Österreichs Beitrag zur Erreichung des Paris-Zieles essenziell ist, beinhaltet u.a.

- Wirksame, klimagerechte Steuerreform
- Hocheffiziente Energiedienstleistungen
- Schneller Ausstieg aus fossilen Energieträgern
- Umbau zur Kreislaufwirtschaft
- Klimazielfördernde Digitalisierung
- Klimaschutzorientierte Raumplanung
- Adäquater, rascher Ausbau erneuerbarer Energien
- Naturverträgliche Kohlenstoffspeicherung
- Wegweisende Pariser Klimazielerorientierung: Ausrichtung aller Entscheidungen, Verordnungen und Gesetze am Pariser Klimaziel
- Bildung und Forschung zu Klima und Transformation

Im Regierungsprogramm des Bundes aber auch im Beschluss des Vorarlberger Landtags zur Climate Emergency sieht die Klimawissenschaftlerin Kromp-Kolb bereits gute Ansätze. Allerdings fehlen ihr wichtige Konkretisierungen und detaillierte Zeitpläne zur Umsetzung der Maßnahmen sowie ein Budgetentwurf, in dem die ambitionierten Zielsetzungen auch abgebildet sind.

„Zur Erreichung der Klimaneutralität werden in allen Sektoren und Themenfeldern sinnvolle Maßnahmen eingesetzt werden müssen. Die zentrale Maßnahme ist aber die sozial ausgewogenen Bepreisung von CO₂ und Energie. Erst wenn klimafreundliche Energieträger, Mobilitätssysteme, Nahrungsmittel etc. die einfachste und auch wirtschaftlich die günstigste Option für die Menschen sind, können wir Klimaneutralität erreichen“, so Kromp-Kolb.

Energieautonomie Vorarlberg – Herausforderungen bis 2030

Energieautonomie:

Der Prozess Energieautonomie 2020 wird in eine neue Phase 2030 übergeführt. Derzeit ist der Prozess für die Umsetzungsperiode 2020 bis 2030 in vollem Gange. Die Ergebnisse sollen im Herbst vorliegen. Bis dahin wird es auch vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten geben, informiert Landesrat Rauch. Im eigenen Wirkungsbereich des Landes, wollen wir mit der missionZeroV zeigen, dass Klimaneutralität bis 2040 möglich ist, betont Rauch: „Klimaschutz muss prioritär werden in Bund und Land. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.“ Im Regierungsprogramm des Landes sind die wichtigsten Eckpfeiler für die Umsetzung bereits vorgegeben.

Neubauten in Niedrigenergiebauweise und Gesetzescheck Energieautonomie und Klimaschutz:

Die Langfriststrategie Energieautonomie Plus muss den Weg aufzeigen, wohin sich Vorarlberg im Bereich Klimaschutz entwickeln soll. Um das Ziel der Energieautonomie in Reichweite zu behalten, gilt es – möglichst rasch zusätzliche Hypothesen im Klimaschutz auszuschließen. So gilt es rasch sicherzustellen, dass Neubauten im Sinne der Energieautonomie gestaltet werden. Mit Hilfe der Optimierung der baurechtlichen Rahmenbedingungen sowie der Wohnbauförderung sollen Neubauten grundsätzlich nur mehr als Niedrigenergiegebäude ausgeführt werden. Neubauten nach 2021 sollen grundsätzlich ohne den Einsatz fossiler Brennstoffe für Raumwärme, Warmwasser und Kühlung auskommen. Dieses Ziel soll im Zuge der Baurechtsnovelle 2021 umgesetzt werden. Auch die Umsetzung des Gesetzescheck Energieautonomie und Klimaschutz soll rasch angegangen werden.

Aus für Ölheizungen ab 2021:

„Unser Ziel für Vorarlberg lautet, dass ab 2021 keine Ölkessel mehr installiert werden“, betont Rauch. Ab 2021 soll ein Stopp der Installation von Ölkesseln baurechtlich verankert werden. Auch bei Erneuerung von Heizungsanlagen sollen keine Ölfeuerungsanlagen mehr zum Einsatz kommen. Die bestehenden Ölkessel (derzeit ca. 27.000) sollen sukzessive bis 2030 halbiert werden. Der dafür notwendige Tausch von rund 1.350 Kesseln pro Jahr in Vorarlberg ist ambitioniert aber realistisch, wie das Jahr 2019 zeigte. Im Jahr 2019 konnten durch die kombinierte Förderung des Bundes und des Landes Vorarlberg pro getauschten Ölkessel bis zu 11.000 Euro an Förderung bezogen werden. In den rund 4 Monaten, in denen die Kombiförderung verfügbar war, wurden rund 500 Kessel getauscht. Hochgerechnet auf das Gesamtjahr scheinen 1.350 Kessel bei angemessenen Fördersätzen in Reichweite. Das Bundesregierungsprogramm geht beim Ölausstieg noch weiter und plant ein vollständiges Aus bis 2035, was für Vorarlberg eine Austauschrate von 1.800 Kesseln pro Jahr erfordern würde.

Dächer werden Kraftwerke – Photovoltaik mal Drei:

Laut Regierungsprogramm des Bundes sollen in zehn Jahren österreichweit rund 11 Milliarden kWh aus Photovoltaikanlagen erzeugt werden. Dies entspricht jener Menge die bereits heute in Bayern produziert wird. In Vorarlberg soll der jährliche Ausbau an Photovoltaik gemäß Regierungsprogramm verdreifacht werden. Damit soll die Photovoltaik einen wesentlichen Beitrag zum Ziel einer 100prozentigen Erneuerbaren Stromversorgung 2030 leisten. Die Rückendeckung des Bundes bei der Bewältigung dieser Herausforderung ist essentiell.

Umsetzung des Mobilitätskonzepts mit Schwerpunkt Mobilitätsverbund:

Energieautonomie kann nur mit einer Trendwende im Verkehr gelingen. Auf Bundesebene wurden dazu ambitionierte Ziele und Maßnahmen für Tarife (u.a. das 1-2-3-Ticket, nationale Buchungsplattform), Infrastruktur (Fahrrad, Öffentlicher Verkehr, Elektromobilität) und Angebot beschlossen. In Vorarlberg wurde 2019 das Mobilitätskonzept erabschiedet. Darin bekennt sich das Land zu einer Senkung der CO₂ Emissionen bis zum Jahr 2030 um 36 Prozent gegenüber 2005. Seitens des Bund möchte man dafür sowohl im Nahverkehr als auch in Regionalverkehr jeweils eine Milliarde Euro in die Hand nehmen. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit Bund und Gemeinden das Angebot im Öffentlichen Verkehr weiter auszubauen, damit noch mehr und schnellere Verbindungen für die Menschen im Land zur Verfügung stehen. Zudem sollen die rechtlichen (z. B. StVO) und steuerlichen (Stichwort: ökosoziale Steuerreform) Rahmenbedingungen zur Förderung des Umweltverbundes verbessert werden. Auch hier decken sich die politischen Ziele und Forderungen der Vorarlberger Landesregierung über weite Strecken mit jenen des Bundes.

Bildung, Informationsaustausch und Wissenstransfer:

Bei der Umsetzung des Energieautonomie-Projekts ist es weiterhin ein großes Anliegen, mit der Bevölkerung und den vielen lokalen Akteuren und Pionieren der Energiewende in Kontakt zu bleiben. Bereits heute leben 84 Prozent der Vorarlberger Bevölkerung in einer e5-Gemeinde. Der erfolgreiche Weg unter anderem im Verbund mit den „e5-Gemeinden“ und Energiewirten ist konsequent fortzusetzen. Aus diesem Grund hat die Landesregierung in den ersten Monaten ihrer Arbeit bereits Finanzmittel für den weiteren Ausbau des e5-Programms um bis zu drei weitere Gemeinden 2020 freigegeben und die Fortsetzung des erfolgreichen Programms „Energieautonomie begreifen“ beschlossen.